

Protokoll:	Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	602
		TOP:	4
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	12.12.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Dr. Schairer		
Berichterstattung:	Frau Koller (AföO)		
Protokollführung:	Frau Faßnacht / pö		
Betreff:	Bericht zur Lage des Taxigewerbes mit Erläuterungen zu aktuellen Handlungsfeldern - mündlicher Bericht -		

Vorgang: Ausschuss für Umwelt und Technik vom 10.10.2017, öffentlich, Nr. 475

Ergebnis: Zurückstellung

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papier- form angeheftet.

BM Dr. Schairer schickt voraus, gleichzeitig aufgerufen werden der Antrag Nr. 200/2017 (FDP) und der Antrag Nr. 99/2017 (90/GRÜNE) vom 03.04.2017. Die Verwaltung ver- suche, in ihrem Bericht die aktuelle Lage des Taxigewerbes darzustellen. Man gehe ein auf die Verhandlungen mit dem Taxigewerbe, was die Tarife angeht, sowie auf den Stand bei der Überprüfung der Konzessionen und wie man gedenke, diesbezüglich wei- terzugehen. Dem Gemeinderat spricht er seinen Dank aus für die Genehmigung einer Stelle, mit deren Hilfe die Verwaltung in der Lage sei, die Taxiunternehmen zu überprü- fen. Festzuhalten sei, dass diese Überprüfungen dazu geführt haben, "dass einiges aus dem Dunkelfeld auch ins Hellfeld gekommen ist." Er begrüßt Frau Koller und Herrn Franke, den Leiter der Zulassungsstelle, der auch für die Taxis zuständig ist.

Frau Koller (AföO) informiert anschließend im Sinne der angehängten Präsentation.

BM Dr. Schairer teilt mit, der Gemeinderat werde erneut mit dem Thema befasst im Zusammenhang mit der Verordnung zur Erhöhung der Tarife. Der Bericht habe gezeigt, dass die Verwaltung versuche, bei allen aktuellen Taxi-Themen à jour zu sein.

Das Problem bei den Tarifen sei, so StR Peterhoff (90/GRÜNE), dass diese nicht jährlich erhöht werden. Würde man die Erhöhung über mehrere Jahre legen, ergäbe sich ein anderes Bild. Nachdem im aktuellen Bericht das Thema Taxistellplätze nicht angesprochen wurde, fragt er, ob es keine kritischen Standorte mehr gibt, die noch in der Diskussion sind. Das Thema mit den Anträgen werde man sich fraktionsintern nochmals anschauen. Vermisst habe er eine Aussage zum Thema PolyGo.

Der Vorsitzende merkt an, diese Themen werden im GRÜNEN-Antrag Nr. 99/2017 angesprochen.

StR Pfeifer (SPD) dankt für die breite Analyse. Einigkeit sieht er dahingehend, als dass die Arbeitsbedingungen im Taxigewerbe nicht einfach sind. Das Thema Ortskunde regelt sich seines Erachtens mit dem Einsatz von Navis. Deutlichen Optimierungsbedarf sieht er hingegen, wenn es darum geht, dass Taxifahrer, insbesondere für auswärtige Besucher, so etwas wie die Botschafter der Stadt sind. Diesbezüglich würde er sich mehr Aktivität seitens der Taxifahrer wünschen. "Ein wenig Konversation und ein bisschen zu zeigen, was in der Stadt los ist, wäre schön! Das hat mit der Fahrleistung nichts zu tun, aber die Atmosphäre ist eine andere." Zudem empfinde er - auch im Vergleich mit anderen Städten -, dass Taxifahren in Stuttgart besonders teuer ist.

Besonders interessant für StR Dr. Vetter (CDU) war das Thema Frauen-Nachttaxi. Er fragt, ob dieses Angebot von der Stadt beworben oder aktiv publiziert wird. Was die moderate Erhöhung der Tarife nach dem Kompromissvorschlag der Verwaltung angeht, so sieht er Verhandlungsspielraum nach oben. An seinen Vorredner gewandt merkt er an, ein Taxi, das im Stau steht, kostet auch Geld. Man müsse daher Lösungen finden, damit der Taxiverkehr und der Verkehr in Stuttgart insgesamt fließt.

StR Ozasek (SÖS-LINKE-PluS) geht davon aus, dass der zuletzt genannte Aspekt sich lösen lässt durch den Ausbau der Busspuren und der Busbevorrechtigungen, da die Taxis diese mitnutzen dürfen. Er begrüßt es, "dass die Schattenwirtschaft, die entstanden ist, deutlich rückläufig ist". Ihn interessiert, wie viele Taxikonzessionen in Stuttgart gebraucht werden und wie der Trend diesbezüglich gesehen wird. Nach seinem Gefühl lässt sich die Zahl von 688 Taxi-Konzessionen noch deutlich absenken. Damit könnten gleichzeitig die Standzeiten verringert und der Umsatz erhöht werden. Den Kompromissvorschlag der Verwaltung in punkto Tariferhöhung hält er für eher nachvollziehbar, als die ursprüngliche Forderung der TAZ mit 23,8 %. Positiv hervorzuheben ist aus seiner Sicht auch der große Sprung bei der Qualitätssicherung, wobei noch immer die hohe Zahl erschreckend sei, wo eine MPU angeordnet wurde, und die hohe Durchfallquote bei der Ortskundeprüfung. Bezüglich des Frauen-Nachttaxis kenne er einen Fall, wo dieses nicht funktioniert hat. Er bittet darum, dafür Sorge zu tragen, dass wenn so ein Taxi gerufen wird, es dann auch zur Verfügung steht.

Auch StR Zeeb (FW) verweist auf die Rolle der Taxifahrer als Botschafter der Stadt. Er erwarte Kundenorientierung und eine gewisse Freundlichkeit gegenüber dem Fahrgast und bittet darum, dies gegenüber den Taxifahrern deutlich zu machen. Er gibt StR Pfeifer auch hinsichtlich der besonders teuren Preise für Taxifahrten recht. Was die hohe Durchfallquote bei der Ortskundeprüfung trotz Navi angeht, so erwarte er, dass der

Fahrer z. B. einen Stadtteil nicht erst lang ins Navi eingeben muss, sondern den Weg vom Flughafen dorthin kennt. Angesichts der bestehenden Kritikpunkte dürfe die Tarifierhöhung nicht höher ausfallen, als die im Kompromissvorschlag der Verwaltung ange-dachte Erhöhung.

Dem schließt sich StR Brett (AfD) vollumfänglich an. Er spricht sich dafür aus, Taxifahrern die Benutzung von Navis generell zu verbieten. Darüber hinaus bittet er darum, mehr auf die Kleidung der Fahrer zu achten, insbesondere im Sommer.

StR Conz (FDP) vertritt die Ansicht, Taxifahrer seien keine Reiseführer, weshalb es nicht deren Aufgabe sei, "Informationen zu hübschen Gebäuden zu geben". Ihre Aufgabe sei es jedoch, den Fahrgast von A nach B zu bringen, das Gepäck in den Kofferraum zu packen und vielleicht ein paar höfliche Worte beim Einstieg zu finden. Dies funktioniere in Stuttgart ganz gut. Im Vergleich zu anderen Großstädten der Welt liege Stuttgart sogar ganz weit vorne. Er fordert, das Anspruchsdenken etwas zurückzuschrauben. Im Zeitalter der Navis sei die Ortskunde evtl. nicht in dem Maß notwendig, als es früher der Fall war. Dennoch sollte man sich angesichts der hohen Durchfallquote vielleicht Gedanken über diese Prüfung machen.

Bezüglich der Rolli-Taxis verweist er auf den FDP-Antrag Nr. 200/2017, wo darauf hingewiesen werde, zwei dieser Rolli-Taxis als E-Taxis anzuschaffen. Nach dem vorherigen Tagesordnungspunkt sei jedoch klar, dass dies zunächst wohl nicht machbar sein wird. Man freue sich daher über mehr konventionell angetriebene Rolli-Taxis. Die Anzahl der Konzessionen sollte sich seines Erachtens nicht am Bedarf von normalen Werktagen ausrichten, sondern nach dem Bedarf bei Großereignissen und Großveranstaltungen oder an Silvester. Was die Schnittstellen mit dem ÖPNV angeht, so zähle das Taxigewerbe ganz offiziell zum öffentlichen Personennahverkehr. Schauen Sie sich die Reglementierungen an, so mache diese Zuordnung Sinn, denn das Taxigewerbe gehöre zu den am stärksten reglementierten Gewerben, die es überhaupt in Deutschland gibt. Es gebe sogar Stimmen, wonach die Städte den Taxifahrern ihre Sozialabgaben bezahlen müssten, da diese "Scheinselbständige der Stadt Stuttgart sind". Er begrüße es daher zu 100 %, wenn die Stadt Stuttgart diesen Teil des ÖPNV nun unterstützt.

StR Dr. Schertlen (STd) bittet die Fachverwaltung darum, "vielleicht die wenigen verbleibenden schwarzen Schafe im Taxigewerbe" darauf hinzuweisen, wenn sie länger anhalten, die Durchfahrten auf Radwegen freizuhalten bzw. zumindest ausreichend große Lücken zum Durchfahren zu lassen.

Frau Koller berichtet, das Thema Standorte spiele nach wie vor eine Rolle, vor allem dort, wo die bauliche Situation brisant ist, z. B. am Hauptbahnhof oder -veranstaltungsbezogen - am Cannstatter Wasen. Man habe es jedoch in diesem Bericht - auch aus Zeitgründen - für nicht so relevant erachtet. Sie bestätigt, der Antrag Nr. 200/2017 sei mit diesem Bericht nicht vollständig beantwortet. Eine schriftliche Beantwortung der teils komplexen Fragen werde gerade vorbereitet. Man wolle dabei die Stellungnahmen von SSB, VVS und Taxiverband berücksichtigen.

Was die Ortskundeprüfung und die Durchfallquoten angeht, unterstreicht sie: "Diejenigen, die durchgefallen sind, fahren natürlich nicht!" Dennoch wünsche man sich ebenfalls, dass die Prüfung mehr Kriterien enthält, als die Zieladresse zu finden, um den As-

pekt des "Botschafter"-Gedankens ein Stück weit mit umsetzen zu können. Diesem Thema wolle man in Zukunft nähertreten.

Hinsichtlich der Taxitarife treffe der Eindruck zu, in Stuttgart im oberen Segment des Preisniveaus zu stehen. Man belege ihres Wissens derzeit Platz 11. Um die Anzahl der Konzessionen richtig beurteilen zu können, wolle man das Gutachten 2018 aktualisieren lassen. Die Anzahl der Konzessionen könne jedenfalls nicht danach ausgerichtet sein, wer an Silvester um 02:30 Uhr ein Taxi braucht. Die Funktion der Konzessionen und der Reglementierung diene dazu, einen funktionsfähigen Markt **und** eine vernünftige Existenzsicherung zu gewährleisten. Würde man die Zahl nur an den Spitzen auslegen, wäre das einträgliche Einkommen nicht gesichert. Insofern gehe es darum, die richtige Balance zu finden und der Gewerbefreiheit dabei Rechnung zu tragen.

Das Thema Frauen-Nachttaxi, dort wo es nicht funktioniert hat, nehme man auf. Die Werbung für das Frauen-Nachttaxi hänge in den Stadtbahnen gut sichtbar aus. Man werde die SSB dennoch darauf ansprechen. Was die Frage der Qualität der Taxis und das Erscheinungsbild der Fahrer angeht, so sei dies auch eine Frage der Taxiordnung. Individualität sei hier ein Stück weit zu tolerieren. Die Bitte, das Freihalten von Radwegen betreffend, werde man auch an die Verkehrsüberwachung weiterleiten.

BM Dr. Schairer stellt abschließend fest:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik hat vom Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Faßnacht / pö

Verteiler:

- I. Referat SOS
zur Weiterbehandlung
Amt für öffentliche Ordnung

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB/82
 3. Stadtkämmerei (2)
 4. Rechnungsprüfungsamt
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN